

A n t w o r t

des Ministeriums für Bildung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Helga Lerch (FDP)
– Drucksache 17/5232 –

Personalentwicklungsinitiativen in Mangelfächern

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/5232** – vom 29. Januar 2018 hat folgenden Wortlaut:

Ich bitte die Landesregierung um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Welche Personalentwicklungsinitiativen strebt die Landesregierung an, um in sogenannten Mangelfächern die Unterrichtsversorgung sicherzustellen?
2. Wo genau zeichnet sich fächer- und schulbezogen erhöhter Handlungsbedarf ab?
3. Wie ist der Arbeitsstand der Arbeitsgruppe, die sich mit der Aufhebung der bisherigen Fächerbindung in Informatik bei Lehramtsstudenten beschäftigt und die die Erarbeitung eines neuen Curriculums vornimmt?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Februar 2018 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Seit vielen Jahren besteht bundesweit ein Bedarf an voll ausgebildeten Lehrkräften für bestimmte Fächer. Dies sind beispielsweise Informatik, Physik, Mathematik, Bildende Kunst und berufsbezogene Fächer. Die Einstellungsaussichten in den einzelnen Lehrämtern werden regelmäßig auf der Homepage des Bildungsministeriums veröffentlicht. Die Landesregierung hat seit vielen Jahren ein Bündel von Maßnahmen ergriffen, um dieser Situation zu begegnen. So wird ganz gezielt für den Lehrerberuf differenziert nach den Lehrämtern in den einzelnen Schularten geworben. Dabei werden besonders erfolgversprechende Studiengänge und Fächerkombinationen für eine spätere Einstellung benannt. Darüber hinaus kann seitens der ADD bei nicht durch Lehrkräfte mit dem entsprechenden Lehramt abzudeckendem Bedarf eine Ausschreibung im Wege des Seiteneinstieges veranlasst werden.

Nicht zuletzt auch zur Optimierung der Versorgung in den MINT-Fächern wurde im November 2016 die MINT-Initiative mit einem ersten Runden Tisch auf den Weg gebracht. Seitdem arbeiten die Partner des Ovalen Tisches zur Fachkräftesicherung sowie weitere Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Schulen in Arbeitsgruppen eng zusammen. Dabei wird das Ziel verfolgt, eine Gesamtstrategie inklusive einer passgenauen MINT-Förderung entlang der Bildungskette für alle Regionen in Rheinland-Pfalz zu entwickeln.

Aktuell hat sich der Bedarf an voll ausgebildeten Lehrkräften für Grundschulen sowie für Förderschulen verschärft. Um dem Fachkräftemangel hier zu begegnen, wird verstärkt für die Lehrämter an Grundschulen und Förderschulen geworben. Das Einstellungsverfahren wurde flexibilisiert: Einstellungen von Lehrkräften auf Planstellen sind nunmehr ganzjährig möglich. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann bereits jetzt – lange vor dem Einstellungstermin – Vorabzusagen für die Anwärtinnen und Anwärter in den Förderschulseminaren vergeben und nutzt diese Möglichkeit auch. Außerdem werden Lehrkräfte aus anderen Schularten für Vertretungstätigkeiten an Grundschulen geworben; ihnen werden zusätzliche Fort- und Weiterbildungen angeboten. Weiterhin werden die Möglichkeiten einer Wechselprüfung für das Grundschullehramt ausgebaut. Ferner wird der Vertretungspool deutlich ausgebaut und im Gegenzug die Zahl der Lehrkräfte mit befristetem Vertretungsvertrag entsprechend reduziert. In einem ersten Schritt wurde zum 1. Februar 2018 der Vertretungspool um 100 Stellen im Grundschulbereich erweitert, weitere Schritte sind für den 1. August 2018 und den 1. August 2019 vorgesehen. Insgesamt soll der Vertretungspool um bis zu 350 Stellen auf dann 1 350 ausgebaut werden.

Zu Frage 3:

Die Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Curricularen Standards des Faches Informatik mit dem Ziel der Aufhebung der Fächerbindung hat ihre Arbeit abgeschlossen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe, Fachvertreter des Faches Informatik der rheinland-pfälzischen Universitäten, haben einen Entwurf zur Änderung des Curriculums für das Fach Informatik vorgelegt. Dieser Ände-

rungsentwurf war die Grundlage für die vorgenommenen Änderungen der Landesverordnung über die Anerkennung von Hochschulprüfungen lehramtsbezogener Bachelor- und Masterstudiengänge als Erste Staatsprüfung für Lehrämter und der Landesverordnung über die Anerkennung von Hochschulprüfungen als Erweiterungsprüfung für Lehrämter. Inzwischen ist das Anhörungsverfahren für die Landesverordnung zur Änderung dieser Verordnungen abgeschlossen, deren Auswertung derzeit erfolgt.

Dr. Stefanie Hubig
Staatsministerin